



II-10861 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.100/37-I/6/90

25. April 1990

An den
Präsidenten des Nationalrates
Rudolf PÖDER

5005 IAB

Parlament
1017 W i e n

1990 -04- 27

zu 5013 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Edgar Schranz,
Mag. Brigitte Ederer, Kurt Eder, Hans Ludwig, Franz Mrkwicka
und Genossen haben am 28. Februar 1990 unter der Nr. 5013/J an
die Bundesregierung eine schriftliche parlamentarische Anfrage
betreffend Maßnahmen der Bundesregierung für das Land Wien in
der laufenden Gesetzgebungsperiode gerichtet, die folgenden
Wortlaut hat:

- "1. Welches sind die wichtigsten, in der XVII. Gesetzgebungs-
periode vom Bund für das Land Wien erbrachten Leistungen?
2. Welches sind die wesentlichsten, in absehbarer Zukunft vor-
gesehenen Leistungen des Bundes im Land Wien?"

Diese Anfrage beantworte ich namens der Bundesregierung wie
folgt:

Es ist festzuhalten, daß die Anfrage an die Bundesregierung
gerichtet ist, obwohl die die Anfragesteller interessierenden
Maßnahmen nicht von der Bundesregierung als Kollegialorgan,
sondern von den einzelnen Bundesministern als oberste Organe
der Vollziehung getroffen wurden. Unbeschadet dieser Tatsache

- 2 -

habe ich zur Beantwortung der Anfrage von den einzelnen Ressort
Stellungnahmen eingeholt.

Die Leistungen des Bundes bzw. noch geplanten Maßnahmen in
dieser Legislaturperiode für das Bundesland Wien werden nach-
stehend für jedes Ressort getrennt dargestellt.

Zu den Fragen 1 und 2:

BUNDESKANZLERAMT

Auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen
Nr. 4776/J und Nr. 677/J-BR/90, denen die wichtigsten Maßnahmen
für das Land Wien im Zusammenhang mit der geplanten Weltaus-
stellung 1995 zu entnehmen sind, wird vorerst verwiesen.

Für den Bereich Bundeskanzleramt-Gesundheit ist zu bemerken:

Die Zahlungen aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds an
Betriebs- und sonstigen Zuschüssen, Investitionszuschüssen
sowie Sonderzuschüssen aus dem Teilbetrag 2 und dem Teilbetrag
3 an die Träger der Krankenanstalten betragen in Wien für das
Jahr 1987 S 1,807.289.136 sowie für das Jahr 1988
S 1,910.916.402, insgesamt somit S 3,718.205.538.

Für die Ärzteausbildung wurde im Jahr 1987 ein Betrag von
S 6,273.000, im Jahr 1988 ein Betrag von S 1,295.000 und im
Jahr 1989 ein Betrag von S 1,249.000 zur Verfügung gestellt.

Auf dem Gebiet der Prophylaxe hat das Bundeskanzleramt-
Gesundheit für den Ankauf von Impfstoffen und Fluortabletten
für das Land Wien im Jahr 1987 insgesamt S 1,442.000, im Jahr
1988 insgesamt S 1,602.000 und im Jahr 1989 insgesamt
S 1,508.000 aufgewendet.

- 3 -

Ferner wurden zur Beratung und Betreuung von drogenabhängigen Personen den anerkannten Einrichtungen und Vereinigungen im Bereich des Landes Wien Förderungen gemäß § 22 SGG im Jahr 1987 in Höhe von S 3.584.000, im Jahr 1988 in Höhe von S 4,551.000 sowie im Jahr 1989 in Höhe von S 4,975.000 gewährt.

Die Subventionen an diverse Vereine mit dem Sitz in Wien betragen im Jahr 1987 insgesamt S 236.000, im Jahr 1988 insgesamt S 427.000 sowie im Jahr 1989 insgesamt S 343.000.

Das Bundeskanzleramt-Gesundheit hat aus seinen Budgetmitteln spezifisch für das Land Wien im Jahr 1987 insgesamt S 11,535.000, im Jahr 1988 insgesamt S 7,881.000 und im Jahr 1989 insgesamt S 8,104.000 eingesetzt.

Darüber hinaus wurden noch weitere beträchtliche Mittel für Maßnahmen auf dem Gesundheitssektor eingesetzt, deren betragsmäßige Zuordnung nach Bundesländern aber nicht möglich ist.

Maßnahmen - insbesondere auf den Gebieten der Lebensmittelkontrolle, des Veterinärwesens, des Strahlenschutzes und des Giftwesens - kommen allen Teilen der Bevölkerung sowie allen Ländern und Gemeinden in gleicher Weise zugute.

BUNDESMINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Um den Flughafen Wien-Schwechat stärker in den internationalen Flugverkehr einzubinden, wurden Luftverkehrsabkommen mit Japan, den USA, Saudiarabien, Indien, Gambia, Senegal und Indonesien abgeschlossen.

Luftverkehrsabkommen mit der AR Jemen, Algerien, dem Iran, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten werden in absehbarer Zeit Geltung erlangen.

- 4 -

Konferenzen/Internationale Schule:

Die für die Abhaltung von Konferenzen in Wien beausgabten Beträge können zumindest teilweise als Leistungen des Bundes an das Land Wien gewertet werden. Ähnliches gilt auch teilweise für den Beitrag des Bundes an die Internationale Schule Wien, weil durch den Unterricht der Pflichtschüler in der ISW eine entsprechende Entlastung der Gemeinde Wien gegeben ist. Die Leistung des Bundes für Konferenzen bzw. für die Internationale Schule Wien betragen:

a) für Konferenzen:

1987: S 47,522.700,--
 1988: S 34,724.000,--
 1989: S 31,593.000,--
 1990: S 2,747.000,-- (bisher)

b) Internationale Schule Wien:

Schuljahr 1986/87	S 42,4 Mio
" 1987/88	S 37,8 "
" 1988/89	S 34,02 "
" 1989/90	voraussichtlich S 39,0 Mio
" 1990/91	voraussichtlich S 39,0 Mio
	Indexsteigerung

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

Alle Maßnahmen, die der Wirtschaft dienen und sich auf Gesamtösterreich beziehen, sind selbstverständlich auch auf das Land Wien anzuwenden. Dies gilt beispielsweise für folgende Bereiche:

- Finanzierung von Studien und Untersuchungen sowie Auswertung von deren Ergebnissen;

- 5 -

- Förderung der Aus- und Weiterbildung sowie der Beratung durch die Wirtschaftsförderungsinstitute der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, aber auch durch die Ämter der Landesregierungen. Hier sei insbesondere auf die Einrichtung der 14-tägigen Aus- und Weiterbildungsseminare für Mitarbeiter lokaler und regionaler touristischer Organisationen hingewiesen;
- Mitwirkung in allen einschlägigen Gremien insbesondere auf bundesweiter und internationaler Ebene;
- Versorgungssicherung durch Schrottlenkung und Zollbegünstigung;
- Förderung des österreichischen Holzproduktenexports;
- Informationsstelle für Investoren.

Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung:

Im Zeitraum 1. Jänner 1987 bis 31. Dezember 1989 wurden im Rahmen der Förderungsaktionen nachstehende Förderungsbeträge zur Verfügung gestellt:

	Schilling
Bürges-Kleingewerbekreditaktion	61,508.800,--
Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969	99,817.905,--
Existenzgründungsaktion	31,429.050,--
FV-Förderungsaktion des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten	1,975.728,--
ERP-Ersatzaktion	5,754.274,--

- 6 -

ERP-Aktion (Kreditvolumen)	21,000.000,--
FV-Verkaufsförderungsaktion	2,669.700,--
FAG-Aktion	42,564.000,--
Prämienaktion "Komfortzimmer und Sanitärräume"	2,431.500,--
Prämienaktion "Jederzeit warme Küche"	2,769.200,--
<hr/>	
Insgesamt	277,947.157,--
<hr/>	

Diese Aktionen stehen auch weiterhin für Investitionsmaßnahmen uneingeschränkt zur Verfügung.

Gegengeschäfte:

Im Zuge der Bemühungen, im Zusammenhang mit Ankäufen im Ausland durch Bundesdienststellen mit dem ausländischen Lieferanten Verträge für einen wirtschaftlichen Ausgleich des Gegenwerts der Bezüge zu erreichen, konnten im Land Wien ansässige Unternehmungen zusätzliche Auslandsaufträge in Höhe von S 671,804.000,-- verbuchen. Diese Bemühungen werden auch in Zukunft fortgesetzt, wobei auch Unternehmungen des Landes Wien zum Zuge kommen werden.

Innovative Maßnahmen:

Vorbereitungs- und Adaptierungsarbeiten zur Errichtung des Technologiezentrums Arsenal (BTZ, Bundestechnikzentrum).

Im Herbst 1989 wurde das SIG, Simmeringer Innovations- und Gründerzentrum fertiggestellt. Das SIG hat eine schwerpunktmäßig strukturpolitische Funktion. Es stellt eine Ergänzung der

- 7 -

Firmenansiedlungspolitik in Richtung hochtechnologischer Firmen-
gründungen (überwiegend Klein- und Mittelbetriebe) und eine
Hilfestellung beim Aufbau von zukunftssträchtigen Industrie-
und Gewerbebezweigen dar.

Zu den Maßnahmen des Ressorts gehören unter anderem:

- Förderung von Projekten für Umwelttechnologie und für neue
Werkstoffe im Rahmen der Kooperation zwischen Bund und Bun-
desländern;
- Seed Financing-Aktion für Gründungen technologieorientierter
Kleinbetriebe;
- Verstärkung der immateriellen Förderung (Information, Bera-
tung);
- Koordination der regionalen Innovations-, Technologie- und
Gründerzentren.

Vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten wurde
eine "Innovationsprämie" an 4 Firmen mit insgesamt
S 1,335.000,-- vergeben.

Investitionen für Fernwärmeleitungen, Fernwärmeeerzeugungs- und
Verteilanlagen:

1987 wurden bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa
S 305,27 Mio Investitionszuschüsse von S 24,72 Mio gewährt. An
Zinsenzuschüssen wurden S 20,567 Mio ausbezahlt, und per
1. Juli 1987 und 1. Jänner 1988 Förderungszusagen für ein
Gesamtvolumen von S 1,356 Mio erteilt.

1988 wurden bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa
S 116,16 Mio, Investitionszuschüsse von gerundet S 7,879 Mio
gewährt. Für bereits in den Vorjahren gegebene Förderungszu-

- 8 -

sagen wurden Zinsenzuschüsse von gerundet S 32,988 Mio ausbezahlt, und per 1. Juli 1988 die Förderungszusage für ein Gesamtvolumen von rund S 683,58 Mio erteilt.

1989 wurden bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa S 800,21 Mio Investitionszuschüsse von gerundet S 49,556 Mio gewährt. Für bereits in den Vorjahren gegebene Förderungszusagen wurden Zinsenzuschüsse von gerundet S 50,711 Mio ausbezahlt.

1990 wurden Anträge auf Gewährung eines Investitionszuschusses mit einem Investitionsvolumen von S 1.833,908.600,-- eingebracht. Ebenfalls wurden bereits im Jahr 1990 für Fernwärmeleitungen Investitionszuschüsse in Höhe von S 23,864.200,-- gewährt.

Wärmenachfragekataster:

Der Wärmenachfragekataster wurde 1987 mit S 810.000,-- (Hälfte der Gesamtkosten) gefördert.

Bundeshochbau:

Im Bereich des staatlichen Hochbaus wurden in den Jahren 1987 bis 1989 für das Land Wien folgende finanzielle Mittel aufgewendet:

<u>NEUBAU:</u>	Millionen Schilling
1987	1.994,1
1988	1.978,5
1989	<u>2.017,2</u>
Summe	5.989,6

Diese Beträge unterteilen sich auf die einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze wie folgt:

- 9 -

Fin.ges. Ansatz	1987	1988	1989
	Millionen Schilling		
1/64713 (Schulen der Unterrichtsverw.)	357,2	281,5	184,8
1/64723 (Schulen der Wissenschaftsverw.)	380,9	300,9	287,1
1/64738 (Bauten für die Landesverteidigung)	30,8	50,2	41,3
1/64743 (Land- u. Forstw. Schulen und Anstalten)	19,5	3,8	7,1
1/64753 (Sonstige Bundesgebäude)	1.205,7	1.341,9	1.496,9
<hr/>			
Gesamtsumme	1.994,1	1.978,3	2.017,2

Folgende wichtige Baumaßnahmen gelangten dabei zur Fertigstellung:

Wien 3., Ungargasse

Höhere Technische Bundeslehranstalt und Bundeshandelsschule für Körperbehinderte (Bausträgervorhaben)

Gesamtkosten von S 820,0 Mio, Fertigstellung 1987.

Wien 4., Wiedner Hauptstraße

Technische Universität, Erweiterungsbau

Gesamtkosten von S 2.075,0 Mio, Fertigstellung 1987.

- 10 -

Wien 10., Ettenreich-Grenzackerstraße

Bundesschulzentrum

Gesamtkosten von S 540,0 Mio, Fertigstellung 1989.

Wien 23., Anton Baumgartnerstraße

Bundesrealgymnasium

Gesamtkosten von S 222,0 Mio, Fertigstellung 1989.

Wien 9., Liechtenwerderplatz

Bundespolizeidirektion (Bauträgervorhaben)

Gesamtkosten von S 1.750,0 Mio, Fertigstellung 1989.

Weitere 67 größere Bauvorhaben mit einer Gesamtkostensumme von ca. S 12.500,0 Mio befinden sich noch in Durchführung bzw. 14 Bauvorhaben mit Gesamtkosten in Höhe von S 2.101,0 Mio werden im Jahr 1990 neu begonnen werden.

Erhaltung

Millionen Schilling

1987	741,0
1988	720,3
1989	<u>842,8</u>

Summe 2.304,1

Diese Beträge unterteilen sich auf die finanzgesetzlichen Ansätze wie folgt:

Fin.ges. Ansatz	1987	1988	1989
1/64	Millionen Schilling		

- 11 -

718 (Schulen der Unterrichtsverw.)	124,5	113,5	178,1
728 (Schulen der Wissenschaftsverw.)	111,8	117,3	112,3
738 (Bauten für die Landesverteidigung)	65,8	63,5	85,4
748 (Land- u. Forstw. Schulen und Anstalten)	10,5	11,6	13,9
758 (Sonstige Bundesgebäude)	428,4	414,4	453,1
<hr/>			
Gesamtsumme	741,0	720,3	842,8

In absehbarer Zukunft ist mit dem Baubeginn der veterinärmedizinischen Universität im 21. Bezirk, Donauefelderstraße, zu rechnen. Ebenfalls geplant ist der Neubau der Bundesversuchsanstalt Hirschstetten. Die Gesamtkostensumme der beiden Bauvorhaben belaufen sich auf etwa S 4.900,0 Mio. Geplant ist weiters die Bebauung der Aspanggründe in Wien 3. Auf diesem Areal soll die Errichtung der Fakultät für Maschinenbau der Technischen Universität Wien mit Gesamtkosten in Höhe von ca. S 2.500 Mio vorgenommen werden.

Weitere fünf baureif gestellte sowie 53 in Planung befindliche Baumaßnahmen mit einem Gesamtkostenaufwand von etwa S 7.029,5 Mio sind laut Bauprogramm vorgesehen.

Bundesstraßenbau:

Siehe Beilage.

Wasserbau:

Für die Realisierung des Hochwasserschutzprojekts "Neue Donau/Donauinsel" einschließlich der Abfahrtsrampen von der Reichsbrücke wurden der Stadt Wien nach den Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes Förderungsmittel von insgesamt rund S 1.200,500.000,-- zur Verfügung gestellt.

Technisches Versuchswesen und Bauforschung:

Aus dem Titel "Technisches Versuchswesen" wurden Förderungsnehmern im Land Wien Förderungsbeiträge von insgesamt rund S 14,6 Mio und aus dem Titel "Allgemeine Bauforschung" Förderungsbeträge von rund S 0,5 Mio gewährt.

Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds:

Seitens des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds wurden dem Land Wien folgende Förderungsmittel gewährt:

- Vorbereitende Untersuchung "Sanierung Karl-Marx-Hof"
S 3,280.000,-- nicht-rückzahlbar gewährt.
- Fassadensanierung der evangelischen Kirche in der Dorotheergasse
S 1,600.000,-- nicht-rückzahlbar gewährt;
S 860.000,-- bisher ausbezahlt.
- Sanierung der Pfarrkirche der Lazaristen, 1070 Wien
S 1,140.000,-- nicht-rückzahlbar gewährt;
S 1,040.000,-- bisher ausbezahlt.
- Sanierung der Pfarrkirche St. Peter, 1010 Wien
S 878.000,-- nicht-rückzahlbar gewährt;
S 720.941,-- bisher ausbezahlt.

- 13 -

- Sanierung der Pfarrkirche Breitenfeld, 1080 Wien
S 3,250.000,-- nicht-rückzahlbar gewährt;
S 1,600.000,-- bisher ausbezahlt.
- Sanierung der Pfarrkirche Maria vom Siege, 1150 Wien
S 5,300.000,-- nicht-rückzahlbar gewährt;
S 2,000.000,-- bisher ausbezahlt.
- Pfarrkirche St. Karl Borromäus, 1040 Wien
S 1,180.000,-- nicht-rückzahlbar gewährt.
- Pfarrkirche Hetzendorf, 1120 Wien
S 6,800.000,-- nicht-rückzahlbar gewährt;
700.000,-- bisher ausbezahlt.

Startwohnungen:

Vom Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds wurden an zinsenlosen Darlehen S 227,668.000,-- für die Schaffung von insgesamt 495 Startwohnungen der Kategorie A vergeben. Für die Laufzeit dieser Darlehen (25 Jahre) wird vom Fonds den Startwohnungs-mietern bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 6 STWG zusätzlich Starthilfe bis zur Höhe des Hauptmietzinses gewährt.

Wohnbauforschung:

Seitens der Wohnbauforschung wurden folgende Zusicherungen gegeben:

- Freiräume der Wiener Wohnhausanlagen 1919 - 1934, gestern und heute
S 1,790.000,-- nicht rückzahlbar
- Typologie des Wohnumfeldes
S 805.300,-- nicht rückzahlbar
- Ausstellung über Mitbestimmung im Wohnbau
S 1,540.000,-- nicht rückzahlbar

- 14 -

- "Praxis der Mieterbetreuung am Beispiel George Washington - Hof"
S 497.000,-- nicht rückzahlbar
- "Verbraucherorientierte Wohnungsberatungsmodelle"
S 3,978.000,-- nicht rückzahlbar
- "Wohnungsnachfrage und Wohnversorgungseffizienz"
S 3,869.300,-- nicht rückzahlbar
- "Nachbesserung von Großwohnanlagen"
S 3,000.000,-- nicht rückzahlbar
- "Entwicklung der Wiener Altmiet Häuser-Probleme und Szenarien"
S 2,298.000,-- nicht rückzahlbar
- "Wohnen mit Kindern in der Praxis"
S 800.000,-- nicht rückzahlbar.

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES

In der XVII. Legislaturperiode wurden für das Land Wien folgende Aufwendungen getätigt:

	1987	1988	1989
	<u>in Mio S</u>		
Arbeitsmarktförderung (s. Beilage) (arbeitsmarktpolitische Maßnahmen)	576,5	342,2	422,2
Schlechtwetterentschädigung	99,3	52,3	34,6
Arbeitslosenversicherung	3303,1	3435,5	3519,5
darunter:			
Arbeitslosengeld	1366,0	1294,8	1344,0
Notstandshilfe	1132,2	1264,1	1280,6
Sonderunterstützung	282,9	316,0	306,2
<u>Karenzurlaubsgeld</u>	<u>435,9</u>	<u>474,0</u>	<u>486,8</u>
	3978,9	3830,0	3976,3

- 15 -

Grundlage der von der Arbeitsmarktverwaltung im Land Wien sowie im gesamten Bundesgebiet gesetzten Aktivitäten ist das jedes Jahr mit den Sozialpartnern erstellte arbeitsmarktpolitische Schwerpunktprogramm, das selbstverständlich regionalspezifische Berücksichtigung findet.

In den arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktprogrammen der vergangenen Jahre waren jeweils Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsmarktservices, zum zielführenden Einsatz der Instrumente der Arbeitsmarktförderung sowie insbesondere Bemühungen um Personengruppen mit besonderen Beschäftigungsproblemen, wie beispielsweise Frauen, ältere Arbeitskräfte und Langzeitarbeitslose, vorgesehen. Für den Rest der Legislaturperiode sind ähnliche Schwerpunkte zu erwarten.

Weitere Leistungen:

- A) Behinderteneinstellungsgesetz - geleistete Zuschüsse und Darlehen aus dem Ausgleichstaxfonds für Personen und Institutionen

Jahr	1988 *)	1989 *)
	in Mill. S	
Zuschüsse und Darlehen für Behinderte und deren Dienstgeber	50,158	53,790
Aufwendungen für geschützte Werkstätten	3,892	9,539
Förderungen an Verbände und Vereine	6,597	17,172

*) Vor dem Jahre 1987 liegen die Zahlen nur für den Bereich Wien, NÖ. und Bgld. vor; eine getrennte Darstellung für das Bundesland Wien ist nicht möglich.

- B) Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte

	1987	1988	1989
	in Mill S		
Zuschüsse an Einzelpersonen	1,132	0,934	1,120
Abgeltung der erhöhten Umsatzsteuer	3,274	3,388	3,564

- C) Erbrachte Leistungen auf dem Gebiete der Kriegsoffer- und Heeresversorgung, der Opferfürsorge, an Hilfeleistungen für Opfer von Verbrechen sowie für die Kleinrentnerentschädigung sind für das Bundesland Wien nicht gesondert feststellbar, da der Aufwand für die Bundesländer Wien, NÖ. und Bgld. gemeinsam verrechnet wird bzw. nur in Erfolgswerten für das gesamte Bundesgebiet erfaßt wird.
- D) Leistungen nach den unter Punkt A - C angeführten Gesetzen werden auch weiterhin erbracht werden. Weitere Maßnahmen sind derzeit nicht geplant.

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

Es wurden folgende Leistungen erbracht:

1) Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben für Wien als Land und Gemeinde (in S 1.000,--):

1987 S 22,264.260,--
1988 S 22,384.491,--
1989 S 24,127.481,--
1990 S 26,100.000,-- (geschätzt)

2) Finanzzuweisung gemäß § 21 Finanzausgleichsgesetz für Wien als Land und Gemeinde (in S 1.000,--):

1987 S 113.094,--
1988 S 114.659,--
1989 S 119.928,--
1990 S 133.134,-- (voraussichtlich)

3) Zweckzuschuß gemäß § 22 Abs. 1 Z. 6 Finanzausgleichsgesetz (Spielbankgemeinde):

Für die Jahre 1987, 1988, 1989 und 1990 jeweils 1 Mio S.

- 17 -

4) Finanzzuweisung gemäß § 20 Abs. 3 (ÖBB-Gemeinde):

1987 S 32,580.449,--
 1988 S 32,532.639,--
 1989 S 30,592.523,--
 1990 S 30,592.523,-- (voraussichtlich)

5) Zweckzuschuß gemäß § 22 Abs. 1 Z. 2 Finanzausgleichsgesetz (Fremdenverkehr):

1987	S 14,188.000,--
1988	S 14,188.000,--
1989	S 14,188.000,--
1990	S 14,188.000,--

6) Zweckzuschuß gemäß § 22 Abs. 1 Z. 5 Finanzausgleichsgesetz (Umweltschutz):

Für die Jahre 1987, 1988, 1989 und 1990 jeweils
 S 16,619.000,--.

7) Zweckzuschuß gemäß § 22 Abs. 1 Z. 3 Finanzausgleichsgesetz für den Personennahverkehr

1987	S 80,914.505,--
1988	S 80,882.690,--
1989	S 80,614.400,--
1990	S 80,700.000,-- (geschätzt)

8) Zweckzuschuß für Straßenbahn- und O-Bus-Investitionen gemäß § 22 Abs. 1 Z. 4 Finanzausgleichsgesetz:

1989	S 146,739.600,--
1990	S 146,739-600,-- (geschätzt)

9) Zweckzuschuß gemäß § 22 Abs. 1 Z. 1 Finanzausgleichsgesetz (Theaterführung):

- 18 -

Für die Jahre 1987, 1988, 1989 und 1990 jeweils
S 19,830.604,-- (1990 geschätzt).

10) Finanzzuweisung gemäß § 20 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz
(Theater und Orchester):

1987	S 3,712.140,--
1988	S 3,546.180,--
1989	S 4,249.980,--
1990	S 4,250.000,-- (geschätzt)

11) Wohnbauförderungs-Zweckzuschüsse des Bundes an das Land Wien

	1987	1988	1989	1990
				(lt. BVA 1990)
	in Mio S			
I)				
a) WFG 1984	4.468,8	--	--	--
b) Rückflüsse (§7 WFG 1984)	116,6	--	--	--
c) Rückflüsse (§2 BGBl.373/88)	--	16,4	--	--
d) §22a FAG 1985	--	4.219,9	--	--
e) §§1 u. 5	--	--	4.310,5	4.744,0

- 19 -

II)

a) WSG	55,4	55,4	--	--
b) §3 WBF-ZG 1989	--	--	55,4	55,4

III)

a) RBG-Bundesfonds	--	157	60,7	--
b) Verweiterung der Bundesfonds- mittel (§§1 u. 3 BGBI.373/88, §§3 u. 5/4 BGBI.301/89)	--	950,8	102,4	4,0

IV)

BSWG 1982 u. 1983	91,7	115,7	145,3	155,0 (geschätzt)
-------------------	------	-------	-------	----------------------

Summe	4.732,5	5.515,5	4.674,3	4.985,4
-------	---------	---------	---------	---------

BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERESVerbesserung der technischen Infrastruktur:

Erhebliche Anstrengungen sind zur Verbesserung der ADV-Ausstattung unternommen worden.

Für die Vollziehung des Waffengesetzes 1986 ist in Zusammenarbeit mit der EDV-Zentrale im Bundesministerium für Inneres

- 20 -

eine verwaltungspolizeiliche Applikation entwickelt worden.

Die Bezirkspolizeikommissariate sind mit Datenleitungen vernetzt und mit insgesamt 23 Bildschirmen an den Zentralcomputer angeschlossen worden; ihr Zugriff auf das Elektronische Kriminalpolizeiliche Informationssystem (EKIS) hat dadurch einen wesentlichen Ausbau erfahren.

Umweltschutzbereich:

Im Umweltschutzbereich hatte die Bundespolizeidirektion Wien auf das Strafrechtsänderungsgesetz 1987 zu reagieren. Für die Ermittlung im Bereich des erweiterten Umweltstrafrechts ist im Sicherheitsbüro eine eigene Erhebungsgruppe eingerichtet worden, die sich - vor allem wegen der guten Zusammenarbeit mit dem Land Wien - als effizient erwiesen hat.

Ausrüstungssektor:

Die Kraftfahrzeugausrüstung, die Beteiligung mit modernen Funkgeräten und die Umrüstung der Dienstwaffen von der Walter PP und Walter PPK auf die Glock 17 sowie die Umrüstung vom Karabiner M 1 und der Maschinenpistole FN UZI auf das Sturmgewehr StG 77 sind abgeschlossen worden. Ebenso ist die passive Schutzausrüstung der Exekutivorgane erheblich verbessert worden. In den Bereich der technischen Ausrüstung sind in den Jahren 1986 bis 1989 insgesamt etwa S 2 Mio investiert, für die Schutzausrüstung und die Modernisierung der Bewaffnung sind in derselben Zeit insgesamt etwa S 33 Mio aufgewendet worden.

Bausektor:

Folgende Gebäude und Wachzimmer sind im Berichtszeitraum neu eröffnet worden:

das Bundesamtsgebäude am Lichtenwerder Platz Nr.5, in welchem insbesondere das Verkehrsamt und die Alarmabteilung untergebracht sind,

- 21 -

das Strafamts in Wien 9, Boltzmannngasse 20,

der neue Stützpunkt des Donaudienstes in Wien 2, Handelskai 271,

das fremdenpolizeiliche Büro in Wien 9, Wasagasse 20,

sowie die Wachzimmer in

Wien 1, Bräunerstraße 5,

Wien 12, Moosbrugger Straße 2,

Wien 16, Wilhelminenstraße 93,

Wien 17, Hernalser Hauptstraße 177 und

Wien 22, Am Hubertusdamm 6 (Konferenzzentrum).

Sicherheitspolizeilicher Bereich:

Die Bemühungen um einem Abbau "artfremder" Tätigkeiten und um eine Konzentration auf die eigentlichen Aufgaben der Sicherheitsbehörden sind fortgesetzt worden. Im Bereich der Kriminalprävention hat ein Ausbau des kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes stattgefunden.

Verkehrssektor:

Die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und dem Land Wien hat eine technische und räumliche Neugestaltung der Verkehrsleitzentrale mit einem Gesamtkostenaufwand von etwa S 180 Mio ermöglicht.

Flugrettung:

Mit BGBl.Nr. 106/1990 ist die zwischen dem Bund und dem Land Wien gemäß Art 15a B-VG abgeschlossene Vereinbarung über einen gemeinsamen Hubschrauberrettungsdienst kundgemacht worden. In dieser Vereinbarung hat der Bund unter anderem die Verpflichtung übernommen, einen bei der Flugeinsatzstelle Wien des Bundesministeriums für Inneres stationierten Hubschrauber, der als Rettungshubschrauber ausgestattet ist, für Rettungs- und Ambulanzflüge zu verwenden und einen Hubschrauber erforderlichen-

- 22 -

falls auch zu Zwecken des Zivilschutzes und der Katastrophenhilfe einzusetzen. Darüber hinaus obliegt dem Bundesministerium für Inneres auch die Organisation der Hubschraubereinsätze, die Durchführung des Flugbetriebes, die Bereitstellung der Piloten und der erforderlichen Infrastruktur und die Wahrnehmung aller legislativen Maßnahmen.

Zivilschutz:

Aufgrund der gemäß Art 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Wien abgeschlossenen Vereinbarung über den Auf- und Ausbau eines gemeinsamen ferngesteuerten Warn- und Alarmsystems sind dem Land Wien in den Jahren 1987 bis 1989 insgesamt ca. S 26 Mio aus Mitteln des Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt worden. Zur Beschaffung von Katastropheneinsatzgeräten der Feuerwehr sind dem Land Wien - ebenfalls aus Mitteln des Katastrophenfonds - in den genannten Jahren jeweils ca. S 30 Mio zugeflossen. Darüber hinaus hat der Landesfeuerwehrverband Wien aus den vom Bundesministerium für Inneres den Feuerwehren unmittelbar gewährten Subventionen jährlich zwischen S 420.000,-- und S 446.000,-- erhalten.

Kriegsgräberfürsorge:

Im Jahre 1987 sind für die Instandhaltung der im Bundesland Wien zu betreuenden Kriegsgräberanlagen etwa S 776.000,-- aufgewendet worden. Im folgenden Jahr haben die entsprechenden Ausgaben ca. S 976.000,-- betragen, davon etwa S 407.000,-- für die Instandsetzung sowjetischer Kriegsgräberanlagen. Im Vorjahr hat der Instandsetzungsaufwand etwa S 570.000,-- betragen.

Darüber hinaus sind für die Instandsetzung und Errichtung von Gedenksteinen für Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am Wiener Zentralfriedhof ca. S 1,2 Mio aufgewendet worden. Die Kosten für die erste Etappe einer Generalsanierung der ca. 8.000 m² großen sowjetischen Kriegsgräberanlagen in der Gruppe 44 am Wiener Zentralfriedhof beliefen sich auf ca. S 960.000,--.

- 23 -

Noch geplante Maßnahmen:

Bis zum Ende der Legislaturperiode werden die bislang unternommenen Bestrebungen, insbesondere im Bereich der Verbesserung der technischen Ausrüstung fortgesetzt werden. Wo noch keine Vollausrüstung gegeben ist, werden die fernmeldetechnischen Einrichtungen - etwa durch eine Erneuerung von Funkgeräten und Fernsprechvermittlungsanlagen - den steigenden Erfordernissen angepaßt werden.

Im Bereich der baulichen Ausstattung wird das Hauptaugenmerk dem neu errichteten Bundesamtsgebäude am Lichtenwerder Platz gelten.

Im Jahre 1990 wird ein Betrag von etwa S 8,7 Mio in den weiteren Ausbau des mit dem Land Wien errichteten ferngesteuerten Warn- und Alarmsystems investiert werden. Für die Beschaffung von Katastropheneinsatzgeräten der Feuerwehr ist auch in diesem Jahr ein Betrag in der Größenordnung von S 30 Mio vorgesehen.

Für das Jahr 1990 ist damit zu rechnen, daß die laufende Instandhaltung der Kriegsgräber Kosten in der Höhe von ca. S 580.000,-- verursachen wird. Für die Weiterführung der Generalsanierung der sowjetischen Anlage am Wiener Zentralfriedhof und kleinerer Instandsetzungsarbeiten stehen Mittel in der Höhe von ca. S 2,6 Mio zur Verfügung.

BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

In der XVII. Gesetzgebungsperiode wurde die personelle Ausstattung der Wiener Gerichte wesentlich verbessert. So wurde die Anzahl der systemisierten Planstellen für nichtrichterliche Bedienstete bei den Gerichtshöfen I. Instanz von 380 auf 407 und bei den Bezirksgerichten von 708 auf 757 aufgestockt.

In den Bezirken Donaustadt, Leopoldstadt und Simmering wurden drei weitere Notarstellen errichtet.

- 24 -

Umfangreiche Baumaßnahmen dienen - auch im Interesse der rechtsuchenden Bevölkerung - einer besseren Unterbringung der Wiener Gerichte. So konnte für das Bezirksgericht Hernals eine neue Unterkunft geschaffen werden; hiefür wurden aus Mitteln des Justizressorts 53,225 Mio S aufgewendet. In Ausführung stehen derzeit - mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten - der Ausbau des Landesgerichts für Strafsachen Wien (1.470 Mio S), die Generalsanierung des Gerichtsgebäudes in der Riemergasse (120 Mio S), des Justizpalastes (590 Mio S) und des Bezirksgerichts Floridsdorf (113,5 Mio S) sowie die Adaptierung eines Gebäudes für das Bezirksgericht Döbling (45 Mio S). In Planung stehen derzeit die Schaffung einer Unterkunft für einen Gerichtshof Wien-Nord, der Umbau des Bezirksgerichts Favoriten und ein Zubau für den Jugendgerichtshof Wien.

Dazu kommen weitere Baumaßnahmen - unter Heranziehung von Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten - auf dem Gebiet des Strafvollzugs. Im Gang sind derzeit die Sanierung der Strafvollzugsanstalt Wien-Simmering (Gesamtbaukosten ca. 29,7 Mio S), ein Umbau der Sonderanstalt Wien-Favoriten (Gesamtbaukosten ca. 45,5 Mio S), die Generalsanierung und Erweiterung der Außenstelle Floridsdorf (Gesamtkosten einschließlich der Generalsanierung des Bezirksgerichts ca. 106 Mio S) sowie der Ausbau des landesgerichtlichen Gefangenenhauses Wien (Gesamtbaukosten inkl. Generalsanierung des LG für Strafsachen Wien ca. 2.300 Mio S). Begonnen wurde mit der Planung einer neuen Unterbringung der Zentrale sowie der Geschäftsstelle Wien der Bewährungshilfe. Im Rahmen des geplanten Zubaus zum Jugendgerichtshof Wien sind auch infrastrukturelle Verbesserungen für das Gefangenenhaus vorgesehen.

Die Arbeiten des Bundesministeriums für Justiz für eine Modernisierung des Gerichtsbetriebs durch Umstellung des Grundbuchs auf automationsunterstützte Datenverarbeitung und den Einsatz der automationsunterstützten Datenverarbeitung im zivilgerichtlichen Verfahren sind in Wien am weitesten fort-

- 25 -

geschritten: Die Umstellung des Grundbuchs ist seit 1982 abgeschlossen, das zivilgerichtliche Verfahren wird seit 1987 bei allen Wiener Bezirksgerichten mit Hilfe der automationsunterstützten Datenverarbeitung geführt.

Zu den Leistungen des Bundes für das Land Wien zählen auch die von den Gerichten bewilligten Unterhaltsvorschüsse. In den Jahren 1987 bis 1989 wurden in Wien rund 506 Mio S an Unterhaltsvorschüssen für minderjährige Kinder ausgezahlt; im selben Zeitraum wurden 242 Mio S von den Unterhaltsschuldnern eingetrieben.

BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

Die wichtigsten erbrachten bzw. noch vorgesehenen Leistungen aus dem Vollziehungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung ersuche ich, den beiliegenden Übersichten zu entnehmen. Im Sinne der Fragestellung fanden dabei Ressortmaßnahmen auf den Gebieten des Versorgungswesens (Beschaffungen, Reparaturen, Baumaßnahmen, Verpflegung etc.) sowie der Assistenz- und Hilfeleistung durch das Bundesheer und des Personalwesens insoweit Berücksichtigung, als sie für das Land Wien bzw. seine Bewohner im weitesten Sinne von Bedeutung erscheinen.

Zusammenfassend ist somit hervorzuheben, daß im Zeitraum Dezember 1986 bis Jänner 1990 für das Land Wien Aufwendungen in der Höhe von insgesamt rd. S 6.291.592.000,-- (Beilage) getätigt wurden. Was die Höhe der für die laufende Gesetzgebungsperiode noch vorgesehenen Ausgaben (Schätzung: rd. S 1.858,574.000,--) betrifft (Beilage), so ist zu bemerken, daß in der betreffenden Übersicht Assistenz- und Hilfeleistungen des Bundesheeres sowie Personalmaßnahmen nicht berücksichtigt sind, weil sich Maßnahmen in diesen Bereichen jeglicher Prognose entziehen.

- 26 -

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Die Leistungen für das Land Wien ergeben sich aus den verschiedenen Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

Bereich der pflanzlichen Produktion:

geförderte Kulturen	1 9 8 7		1 9 8 8	
	Flächen in ha	Prämien in S	Flächen in ha	Prämien in S
Raps	308	4.543.000,-	262	2.789.146,-
Ölsonnenblumen	56	971.040,-	153	1.712.840,-
Sojabohnen	-	-	55	427.170,-
<u>Körnererbsen</u>	<u>248</u>	<u>907.680,-</u>	<u>333</u>	<u>1.498.500,-</u>
Summe				
Alternativen	612	6.421.720,-	803	6.427.656,-
<u>Kleinalternat.</u>	<u>37</u>	<u>181.850,-</u>	<u>9</u>	<u>42.000,-</u>
insgesamt	649	6.603.570,-	812	6.469.656,-

Für 1989 liegen noch keine Daten vor.

Die in Zukunft vorgesehenen Leistungen des Bundes für die Förderung des Alternativenanbaus und ähnliche Förderungen im Land Wien sind von den sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen im Sommer 1990 abhängig und können daher zu diesem Zeitpunkt noch nicht quantifiziert werden. Es ist mit einer gewissen Ausweitung zu rechnen.

Bereich der tierischen Produktion:

Für die Förderung der Bienenzucht erhielt Wien 1987 S 15.000,--, 1988 S 70.000,-- und 1989 S 50.000,--. Zur Varroa-bekämpfung (Jungvolkbildung) wurden dem Land Wien im Jahr 1988 S 170.800,-- und 1989 S 149.000,-- ausbezahlt.

- 27 -

In den Jahren 1987 und 1989 erhielt der Wiener Trabrennverein je einen Bundesbeitrag von S 60.000,--. 1988 wurde der Wiener Galoppverein mit S 60.000,-- gefördert.

Weiters wurden für die Wiener Herbstmesse im Jahr 1987 S 80.000,--, 1988 und 1989 je S 120.000,-- an Bundesmitteln aufgewendet.

Verkehrerschließung:

1987: Bauaufwand: S 177.000,-- davon
Bundesmittel: S 20.000,--

Agrarinvestitionskredite:

		<u>AIK</u>	<u>Darlehensnehmer</u>
1987	S	45,671.000,--	84
1988	S	36,439.000,--	81
1989	S	25,056.000,--	72

Agrarsonderkredite:

		<u>ASK</u>	<u>Darlehensnehmer</u>
1987	S	4,578.000,--	22
1988	S	4,123.358,--	20
1989	S	793.445,--	5

Mineralölsteuervergütung

1987: S 3,512.590,--
1988: S 3,484.703,--
1989: S 3,616.722,--

Im Jahre 1990 ist ein Betrag von S 3,600.000,-- an Mineralölsteuervergütung vorgesehen.

Wasserwirtschaftliche Maßnahmen

Folgende Maßnahmen im Bereich der Wasserwirtschaft wurden durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gefördert:

- 28 -

Land Wien:

	Interessentengewässer
1987	S 11,100.000,--
1988	S 10,200.000,--
<u>1989</u>	<u>S 22,200.000,--</u>
Gesamtsumme	S 43,500.000,--

Hinsichtlich der Zurverfügungstellung der Bundesmittel für die übrigen forstlichen Maßnahmen wird auf die Beilage verwiesen. Für wasserwirtschaftliche Maßnahmen im restlichen Zeitraum der XVII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrats können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine näheren Angaben gemacht werden.

Forstliche Maßnahmen:

Bezüglich der forstlichen Maßnahmen wird ebenfalls auf die Beilage verwiesen.

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, JUGEND UND FAMILIE

Die legislativen Aktivitäten, wie z.B. zwei Novellen zum Sonderabfallgesetz, BGBl.Nr. 376/88 und BGBl.Nr. 256/89, das Altlastensanierungsgesetz, BGBl.Nr. 299/89, eine Art. 15a B-VG-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über den höchstzulässigen Schwefelgehalt in Heizöl, BGBl.Nr. 369/89, das Chemiekaliengesetz, BGBl.Nr. 326/87 i.d.F. BGBl.Nr. 300/89, das Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, BGBl.Nr. 380/88, bei dem das Umweltressort maßgeblich mitgewirkt hat und das Smogalarmgesetz, BGBl.Nr. 38/89, kommen allen Teilen der Bevölkerung sowie allen Gemeinden und Ländern in gleicher Weise zugute.

Im Rahmen der Bundesländergeräteaktion wurden seitens des Umweltministeriums dem Land Wien Lärmmeßgeräte im Werte von S 238.000,-- zur Verfügung gestellt.

- 29 -

Vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds wurden in den Jahren 1987 bis 1989 nachstehende Förderungen gewährt:

a) Nach dem Umweltfondsgesetz wurden für Wiener Unternehmer folgende Förderungen zugesagt:

Jahr	Anzahl	Investitionsvolumen	zuges. Barwert
1987	22	70,3 Mio	14,8 Mio
1988	54	607,9 Mio	180,8 Mio
1989	10	40,2 Mio	9,9 Mio

b) Nach dem Wasserbautenförderungsgesetz wurden in diesem Zeitraum Förderungen für Wasserversorgungsanlagen und Abwasserbeseitigungsanlagen vom Fonds gegeben:

Jahr	Kosten	Förderungen
<u>WVA</u>		
1987	S 791,543.000,--	510,240.000,--
1988	S 587,843.000,--	368,915.000,--
1989	S 623,231.000,--	357,767.000,--
<u>ABA</u>		
1987	S 819,744.000,--	487,651.000,--
1988	S 779,797.000,--	442,538.000,--
1989	S 802,080.000,--	448,718.000,--

Aus Mitteln des Bundesjugendplans wurden in den Jahren:

1987	S 24,716.000,--
1988	S 24.716.000,--

- 30 -

1989 S 24,716.000,--
 1990 S 29,216.000,-- laut Bundesvoranschlag 1990

an die österreichischen Jugendorganisationen und an das österreichische Jugendherbergswesen vergeben.

Eine ziffernmäßige Herstellung der auf das Land Wien entfallenden Anteile ist nicht möglich.

Da Förderungsmaßnahmen nur nach begründeten Ansuchen gesetzt werden, kann auch keine Vorschau gegeben werden.

Leistungen aus den Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen:

Aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wurden in den Jahren 1987 und 1988 folgende Mittel an das Land Wien überwiesen (in S Mio).

Familienbeihilfen	S 18,645,7
Geburtenbeihilfen	S 361,4
Schulfahrtbeihilfen (Schuljahr 1985/86 und Schuljahr 1986/87)	S 7,1
Schülerfreifahrten (Schuljahr 1986/87 und Schuljahr 1987/88)	S 1,003,3
Schulbücher (Schuljahr 1986/87 und Schuljahr 1987/88)	S 322,4
Familienberatungsstellen	S 21,8

Bei den Ansätzen für den Beitrag zum Karenzurlaubsgeld, den Mutter-Kind-Paß, die Unterhaltsvorschüsse, die Beiträge zur Schülerunfallversicherung, die Entbindungsbeiträge, den Teilersatz für Aufwendungen für das Wochengeld, die Kosten für die Betriebshilfe (Teilersatz), ist eine bundesländerweise Aufgliederung nicht möglich.

- 31 -

Da für das Jahr 1989 der Bundesrechnungsabschluß noch nicht vorliegt, können über die Leistungen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen im Jahr 1989 noch keine Angaben gemacht werden.

Förderung der Familienberatung:

Im Land Wien wurden 21 Rechtsträger mit 43 Familienberatungsstellen gefördert.

Hiefür wurden in den Jahren 1987 bis 1989 Mittel in der Höhe von S 21,8 Mio aufgewendet. Im Jahr 1989 werden voraussichtlich S 13,9 Mio aufgewendet werden.

Hinsichtlich künftiger Förderungen durch den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds ist anzumerken, daß grundsätzlich die Förderungen nach der Dringlichkeit der einzelnen Anträge bzw. nach der Reihenfolge der Antragstellung vom Fonds berücksichtigt werden. Aufgrund der vorgenannten Ziffern ist jedoch damit zu rechnen, daß im Hinblick auf die dem Fonds zur Verfügung stehenden Mittel auch in den nächsten Jahren den Förderungsnehmern in Wien ein ähnliches Volumen an Fondsmitteln wie in den letzten Jahren zur Verfügung stehen wird.

Die angeführten konkreten Maßnahmen des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie für das Land Wien werden auch weiterhin fortgesetzt werden.

BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT

AHS:

- a) Für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen Lehrmitteln und Geräten für die AHS in Wien wurde ein Betrag von S 68,409.672,40 aufgewendet.

- 32 -

Für den Betriebsaufwand dieser allgemeinbildenden höheren Schulen wurde ein Betrag von S 443,898.880,72 zur Verfügung gestellt.

In den vorgenannten Zahlen sind insbesondere die im Zuge der Neubauten BG und BRG Wien XIV Linzer Straße, BG und BRG Wien XX Unterbergerstraße und BG und BRG Wien XXIII Anton Baumgartner-Straße notwendig gewordenen Neueinrichtungen enthalten.

Darüber hinaus werden an 22 höheren Schulen in Wien Schulbibliotheken geführt.

b) Internatsschulen, Bundeskonvikte etc.

Siehe Beilage

Berufsbildende Schulen:

- a) An der Höheren technischen Bundeslehranstalt Wien 4 wurde eine Höhere Lehranstalt für Maschinenbau, Ausbildungszweig Automatisierungstechnik, errichtet.

Die Höhere technische Bundeslehranstalt Wien 10 konnte in einen Neubau übersiedeln.

Die Höhere technische Bundeslehranstalt Wien 22 wurde neu gegründet.

Die Generalsanierung der Höheren technischen Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt Wien 3 und der Höheren Bundes-Lehr-Versuchsanstalt für chemische Industrie Wien 17 wurde begonnen.

Zahlreiche Kollegs, Aufbaulehrgänge und Speziallehrgänge zur Weiterbildung für Maturanten und Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung wurden an den Höheren technischen Lehranstalten im Wiener Bereich errichtet.

- 33 -

b) Siehe Beilage

Schülerbeihilfen:

Für das Schuljahr 1986/86 ergeben sich S 27,015.492,--, die an 2644 Schüler ausbezahlt wurden. Für das Schuljahr 1987/88 sind es S 33,825.054,-- an 2456 Schüler, im Schuljahr 1988/89 ergibt sich ein Betrag von S 35,267.420,-- für 2423 Schüler. Dies ergibt eine Summe von S 96,107.966,--. Für das Schuljahr 1989/90 liegen keine gesammelten Daten vor.

Budgetansatz 1260, Schulaufsichtsbehörden:

Es ergeben sich folgende Beträge:

- * Finanzjahr 1987: S 122,127.066,91
(Personalaufwand S 108,337.812,53 - Sachaufwand
S 13,789.254,38)
- * Finanzjahr 1988: S 121,299.649,40
(Personalaufwand S 107,299.649,40 - Sachaufwand
S 13,368.677,79)
- * Finanzjahr 1989: S 127,871.125,52
(Personalaufwand S 112,834.233,70 - Sachaufwand
S 15,036.891,82)
- * Finanzjahr 1990 (Jänner bis März): S 34,543.987,84
(Personalaufwand S 32,077.667,19 - Sachaufwand
S 2,457.320,65)

Der Budgetansatz für das Finanzjahr 1990 macht insgesamt S 136.579.000,-- (Personalaufwand S 121,886.000,-- - Sachaufwand S 14,693.000,--) aus.

Schulbau:

- a) Die in der letzten Gesetzgebungsperiode fertiggestellten, in Bau befindlichen und in Planung befindlichen Projekte sind der Beilage zu entnehmen, für die in Planung befindlichen Projekte ist ein Baubeginn noch nicht konkret festlegbar.
- b) Über die für die Schulerhaltung in Wien seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten eingesetzten Instandhaltungskredite hinaus wurde im Jahr 1989 im Rahmen eines Budgetüberschreitungsgesetzes eine große Anzahl von Maßnahmen gesetzt.

Pädagogische Akademien:

Siehe Beilage

Für die Schulpsychologie-Bildungsberatung beim Stadtschulrat für Wien wurden in den Jahren 1987 bis 1990 insgesamt S 167.200,-- aufgewendet.

Erwachsenenbildung:

Für das Land Wien wurden aus den Mitteln der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens folgende Leistungen erbracht:

	1987	1988	1989
Verband Wr.Volksbildung	S 3,739.000,-	3,491.000,-	3,423.000,-
Wr. Volksbildungswerk	S 163.000,-	136.000,-	132.000,-
Kathol. Bildungswerk	S 165.000,-	140.000,-	129.000,-
Evangel. Bildungswerk	S 105.000,-	105.000,-	105.000,-
Bildungshäuser	S 241.000,-	241.000,-	241.000,-
Wr. Städt. Büchereien	S 1,500.000,-	1,000.000,-	1,100.000,-
Kirchl. Büchereien	S 354.000,-	349.000,-	351.000,-
Betriebsbüchereien	S 64.000,-	74.000,-	51.000,-

- 35 -

Entwicklungsplanung für ein kooperatives System der Erwachsenenbildung in Österreich:

Bücherei-Verband	S	275.000,-	---	---
Institutionen Kath. EB	S	387.000,-	200.000,-	100.000,-
Wirtschaftsförderungsinst.	S	387.000,-	100.000,-	---
Verb.österr.Schulungs- und Bildungshäuser	S	---	400.000,-	300.000,-

Für 1990 sind Mittel in ähnlichem Ausmaß wie 1989 vorgesehen.

Aktion "Beschäftigung stellenloser Lehrer in der Erwachsenenbildung":

1987 waren in Wien im Rahmen der "Lehrer-Aktion" durchschnittlich 55 Lehrer/innen bei EB-Verbänden angestellt. Das bedeutete eine Förderung von insgesamt S 10,758.000,--.

1988 und 1989 wurden den EB-Verbänden für durchschnittlich 60 Lehrer/innen jeweils S 12,096.000,-- zur Verfügung gestellt.

1990 wird die Förderung voraussichtlich wiederum ca. S 12,000.000,-- betragen.

Dem Jüdischen Institut für EB, 1020 Wien, Praterstern 1, wurden 1989 zur Beschäftigung von zwei Lehrer/innen S 352.800,-- zur Verfügung gestellt.

1990 wird die Förderung voraussichtlich S 403.000,-- betragen.

Dem Verband österreichischer Volkshochschulen, 1020 Wien, Weintraubengasse 13, wurden bzw. werden zur Beschäftigung einer Lehrerin 1987 S 195.600,--, 1988, 1989 und voraussichtlich auch 1990 jeweils S 201.600,-- bereitgestellt.

- 36 -

Kunstförderung:

- a) Im Bereich der bildenden Künste, Ausstellungen, der Musik und darstellende Künste, der Literatur und des Filmwesens wurden für das Land und die Stadt Wien in der XVII. Gesetzgebungsperiode an Einzelpersonen, Institutionen, Vereine, Vereinigungen und Unternehmungen vom Bund S 1,225.115,979,-- angewiesen.
- b) Im Jahre 1990 werden vom Bund noch Zahlungen in Relation zu den Jahren 1987 - 1989 geleistet werden.

Sportförderung:

Siehe Beilage

BUNDESMINISTERIUM FÜR ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHRPost und Telegraphenverwaltung:Postdienst:

Im Interesse einer bestmöglichen Postversorgung wurde bzw. wird laufend an der Verbesserung des Serviceangebots gearbeitet.

Während der XVII. Legislaturperiode wurden bzw. werden rund 40 Postämter in neue kundengerechte Räume übersiedelt, umgebaut, erweitert und entsprechend eingerichtet.

Fernmeldedienst:

Die Fernmeldeinfrastruktur (Telefon- und Datennetze einschließlich Mobilfunknetz) wurde zur Bewältigung der Verkehrssteigerung sowie für die Anschaltung weiterer Kunden bedarfsgerecht erweitert. So wurden in dieser Legislaturperiode rund 53.500 zusätzliche Telefonanschlüsse in Betrieb genommen. Auf Grund

- 37 -

forcierter Ausbaumaßnahmen im Fernmeldenetz der Bundeshauptstadt war es möglich, per Ende Feber 1990 einen Stand von 910.428 Telefonanschlüssen zu erreichen. Zum selben Zeitpunkt waren die insgesamt 15 vollelektrischen Telefonzentralen (OES-Ämter) mit 116.432 Anschlüssen beschaltet. Bis Mitte 1990 werden in der Bundeshauptstadt insgesamt 5 weitere digitale Telefonzentralen (Fünfhaus, Hietzing, Zollergasse, Treustraße und Gersthof) in Betrieb genommen werden. Mit einer Versorgungsdichte von mehr als 61 Telefonhauptanschlüssen je 100 Einwohner läßt Wien Städte wie Brüssel, Paris, Rom, Zürich und West-Berlin hinter sich.

Die intensiven Ausbaumaßnahmen in allen Fernmeldebereichen werden vor allem unter Berücksichtigung der "EXPO 95" auch in den 90er Jahren fortgesetzt werden.

Investitionen:

Soweit sich die Aufwendungen der Post für diesen Bereich abgrenzen lassen, wurden bzw. werden während der XVII. Gesetzgebungsperiode folgende Investitionen getätigt:

Fernmeldedienst	S 11,850 Mio
Postautodienst	S 68 Mio
Hochbau	<u>S 3,300 Mio</u>
Summe	S 15,218 Mio

Bundesbusdienst:

Entsprechend der verkehrspolitischen Zielsetzung "Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs" wurde die Modernisierung des Fuhrparks laufend vorgenommen. Seitens der Post werden für die Erbringung der Verkehrsleistungen ca. 90 Busse eingesetzt.

Auch im Kraftfahrlinienverkehr der ÖBB wurde das Verkehrsangebot erweitert und durch die Beschaffung von 22 modernen

- 38 -

Bussen (Gesamtkosten rund S 46,7 Mio) wesentlich attraktiviert.

Im Zusammenwirken mit den bestehenden Verkehrsverbundorganisationen wurde bzw. wird das Angebot den jeweiligen Verkehrsbedürfnissen angepaßt, um dadurch eine effiziente Auslastung der eingesetzten Betriebsmittel zu erreichen.

Österreichische Bundesbahnen:

Das Verkehrsangebot sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr wurde bzw. wird laufend unter höchstmöglicher Berücksichtigung der Wünsche der verschiedenen Interessensvertretungen erstellt und den allgemeinen Verkehrsbedürfnissen angepaßt.

Zu erwähnen sind hier vor allem die Nahverkehrsvorhaben Ausbau der Vorortelinie (Aufnahme des Taktverkehrs mit Sommerfahrplan 1987, Gesamtkosten rund S 1,9 Mio), Verlängerung der Schnellbahnlinie Wien Südbahnhof - Hirschstetten - Aspern bis zur neugeschaffenen Haltestelle Hausfeldstraße im 22. Wiener Gemeindebezirk (Aufnahme des Taktverkehrs mit Sommerfahrplan 1987, Gesamtkosten rund S 15 Mio), Verlängerung der Schnellbahnlinie Hollabrunn - Wien Meidling über die Verbindungsbahn bis Wien Westbahnhof, Rückfahrt erfolgt zusätzlich über Wien Hütteldorf (Aufnahme des Taktverkehrs mit 1. Juli 1989, Gesamtkosten rund S 27 Mio) sowie der Ausbau des Nahverkehrs im Abschnitt Liesing - Wiener Neustadt (Baubeginn 1990, Gesamtkosten voraussichtlich S 1,8 Mrd).

Von den Bauvorhaben der ÖBB in der laufenden Legislaturperiode sind vor allem die Errichtung des Umformerwerks Kledering (Anlage dient der Bahnstromversorgung; Gesamtkosten rund S 865 Mio) und die Installierung eines modernen Zentralstellwerkes im Bahnhof Wien Südbahnhof (Inbetriebnahme voraussichtlich 1991, Gesamtinvestitionserfordernis rund S 100 Mio) zu erwähnen.

- 39 -

Zur Erleichterung des Umsteigens vom Individual- auf den öffentlichen Verkehr wurde 1989 die Park and Ride-Anlage Leopoldau errichtet (44 PKW-Stellplätze, Gesamtkosten rund S 1,3 Mio). Begonnen wurde 1989 mit dem Bau des Parkhauses am Bahnhof Wien Westbahnhof (ca. 600 PKW-Stellplätze, Fertigstellung voraussichtlich Ende 1990, Gesamtkosten rund S 80 Mio).

Seit Beginn der laufenden Legislaturperiode wurden von den ÖBB - neben den bereits erwähnten Investitionen - für die Beschaffung von Waren Lieferaufträge in Höhe von rund S 6.350 Mio an Firmen der Bundeshauptstadt erteilt. Die ÖBB haben damit einen weiteren Beitrag zur Sicherung der in Wien befindlichen Arbeitsplätze geleistet.

In der XVII. Gesetzgebungsperiode wurden 29 Anschlußbahnvorhaben mit einem Betrag von insgesamt rund S 8,9 Mio gefördert.

Die Gesamtherstellungskosten und somit die Wertschöpfung der österreichischen Bauwirtschaft betragen rund S 27 Mio.

Bezüglich des neuen Frachtenbahnhofkonzepts der ÖBB für den Raum Wien sind derzeit Verhandlungen mit der Stadt Wien im Gang.

Für die ÖBB gilt die Errichtung eines multifunktionalen Güterterminals im Raum Inzersdorf-Metzgerwerke als vordringliche Notwendigkeit.

Seitens der ÖBB werden derzeit auch Überlegungen hinsichtlich einer Wiedererrichtung der Hochbahn Jedlersdorf - Leopoldau angestellt, wobei ein Baubeginn frühestens zu Jahresende 1990 möglich wäre.

Die ÖBB erarbeiten derzeit gemeinsam mit der Gemeinde Wien ein Anforderungsprofil für einen "Bahnhof Wien" samt der Zulaufstrecke "Lainzer Tiergartentunnel". Nach Vorliegen der Ergeb-

- 40 -

nisse eines noch durchzuführenden städtebaulichen Wettbewerbs kann mit den Detailplanungsarbeiten begonnen werden.

Förderungen:

In der XVII. Gesetzgebungsperiode wurden für das Land Wien folgende Förderungen genehmigt:

24 ERP-Kredite Industrie	S 583,5 Mio
2 ERP-Kredite Technologie	S 70,0 Mio
5 ERP-Kredite Auslandsaktivitäten	S 55,0 Mio
1 ERP-Kredit Verkehr	S 11,0 Mio
28 Technologieförderungen	S 130,0 Mio
11 Förderungen im Rahmen des <u>Innovations- und Technologiefonds</u>	<u>S 36,9 Mio</u>
Summe	S 887,4 Mio

Alle ERP-Programme sowie Förderungen aus dem Innovations- und Technologiefonds stehen auch weiterhin zur Verfügung.

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

I. Universitäten und Hochschulen:

- 1) Siehe Beilage
- 2) EDV-Zentrum, Datennetz und EDV-Anwendung in der Hochschulverwaltung: siehe Beilage
- 3) Universitäts- und Hochschulbauten: siehe Beilage

II. Auftragsforschung:

Siehe Beilage

- 41 -

III. Internationale Forschungskooperation:

Im Rahmen der Budgetposten "Forschungskooperation auf Grund internationaler Abkommen" (1/14108/7283) erfolgen Aufwendungen an folgende Institutionen für internationale Forschungsprojekte im Land Wien:

Institut für Theoretische Chemie und Strahlenschutz der Universität Wien - Forschungskoop. mit Bulgarien (Farbstoffchemie und Sonnenenergie- forschung)	1986: S 64.300,--
Institut für Biochemie der vet.med.Univ. Wien - Forschungskoop. mit DDR (Hormonanalysen)	1986: S 61.600,--
Institut für Tierzucht und Genetik der vet.med.Univ. Wien - Forschungskoop. mit Mexiko (Immun- und Zytogenetik)	1986: S 100.000,--
Institut für Verfahrenstechnik, Brenn- stofftechnik und Umwelttechnik der TU Wien - Forschungskoop. mit der DDR (Aerosoltrennung)	1989: S 150.294,--
Institut für Hydraulik, Gewässerkunde und Wasserwirtschaft der TU Wien - Forschungskoop. mit Ungarn (Wasser- haushaltsstudie Neusiedlersee)	1986: S 188.000,-- 1987: S 362.000,-- 1988: S 71.000,-- 1989: S 280.000,--

- 42 -

Neurologisches Institut der Univ.
Wien - Forschungskoop. mit USA
(Alterserkrankungen des Gehirns)

1986:	S 200.000,--
1987:	S 300.000,--
1988:	S 100.000,--
1989:	S 200.000,--

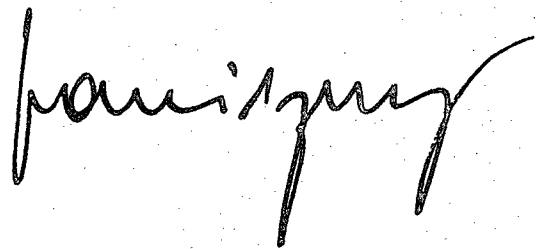
Ludwig-Boltzmann-Inst. f. Rheuma-
tologie und Balneologie - Forschungs-
koop. mit Ungarn (Rheumaforschung)

1986:	S 150.000,--
1987:	S 150.000,--
1988:	S 150.000,--
1989:	S 150.000,--

IV. Für verschiedene museale Einrichtungen (mit Ausnahme des Museums für Volkskunde) wurden für Wien insgesamt S 5,500.000,-- zur Verfügung gestellt.

V. Denkmalschutz (Subventionen):

Siehe Beilage



Von der Vervielfältigung der der Anfragebeantwortung angeschlossenen Beilagen wurde gemäß § 23 Abs. 2 GOG Abstand genommen.
Die gesamte Anfragebeantwortung liegt jedoch in der Parlamentsdirektion zur Einsichtnahme auf.